



- ▶ Kolumne
- ▶ Dank an Prof. Mieth

Seite 1

- ▶ Aktuelles aus dem Europäischen Parlament

Seite 2

- ▶ Aufgelesen
- ▶ Wegweiser Europa
- ▶ Termine
- ▶ Impressum

Seite 4

Liebe Leserin, lieber Leser,

so locker wie die Weiter-so-Liberalen sieht es der Tübinger Sozialethiker Prof. Dr. Dietmar Mieth nicht. Er nimmt den Zusammenbruch der Finanzmärkte mit ihren Auswirkungen auf das Leben der Menschen bis in den letzten Weltwinkel zum Anlass, sich mit der Gestaltung der Gesellschaft zu befassen.

Unter dem Titel „Solidarität und Gerechtigkeit“ nimmt er mit anderen klugen Köpfen die Globalisierung aufs Korn, beschäftigt sich mit Gegenwart und Zukunft. Er fordert auf „zur längst fälligen Besinnung über den Primat des Menschen vor den Systemen, über die Steuereuropriorität der Politik vor der Wirtschaft“. Mieth fordert auf, über Gerechtigkeit und Solidarität nachzudenken – „angesichts des Versagens von Heilsversprechen aus anderen Quellen“.

Wissenschaftlich vertieft und auf eine breitere Basis gestellt, findet sich auch meine Grundforderung an die europäische Binnenmarktpolitik wieder: Märkte sind für die Menschen da – und nicht umgekehrt!

Es grüßt Sie herzlich
Ihre



Prof. Ben Willikens malte das menschenleere Abendmahl, das Mitarbeiter und Freunde Dietmar Mieth als Siebdruck schenkten.

Dank an Prof. Mieth

Prof. Dr. Dietmar Mieth, einer der bedeutendsten deutschen Sozialethiker, beendet seine aktive Lehrtätigkeit: Bei einem akademischen Festakt der Universität Tübingen sprachen international angesehene Wissenschaftler, die seine Schüler oder Wegbegleiter waren. Der Rotenburger Bischof Gebhard Fürst sprach über Dietmar Mieth und die Kirche. Evelyne Gebhardt ging als Europaabgeordnete auf Dietmar Mieth und die Politik ein.

Hier ihre Ausführungen in gekürzter Form:

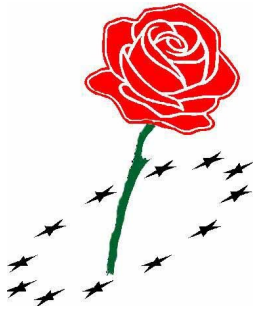
Zunächst eine subjektive Vorbemerkung: Politik ohne Ethik geht nicht.

Politik ohne Ethik führt jedenfalls nicht zwangsläufig zu Ergebnissen, die die Menschen achten und ihnen nützen. Hinter juristisch glatten und schwer anfechtbaren Formulierungen verstecken wir häufig die schiere Geldgier. Zum Beispiel im Patentrecht.

Und damit bin ich beim ersten Ereignis, von dem ich erzählen will. Es geht um die sogenannte Biopatentrichtlinie.

Mir war damals im Jahr 1995 nicht einsichtig, dass wir über das bestehende Patentrecht hinaus ein eigenes europäisches Gesetz zur Patentierung biotechnologischer Erfindungen brauchten. Bis ich dann merkte: Da geht es um Patente auf Leben. Das wollte ich nicht und argumentierte in der Öffentlich-

(Fortsetzung auf Seite 2)



(Fortsetzung von Seite 1)

keit sehr plakativ: Der Mensch hat den Menschen nicht erfunden, deshalb kann er sich auch keine Patente darauf erteilen. Im zuständigen Rechtsausschuss wurde ich aufgeklärt: Ethik ist keine juristische Kategorie und wir schaffen mit unseren Gesetzen Recht.

Als wir uns im Parlament stritten, gab es in Tübingen einen Professor, der sich mit Fragen der Ethik in den neuen Bio-Techniken beschäftigte. Dietmar Mieth machte mir und einigen Mitstreitern im Parlament klar, dass die Biopatentrichtlinie sehr wohl eine ethische Dimension hat.

In einem Vermittlungsverfahren einigten sich Rat, Kommission und Parlament auf einen Gesetzentwurf, der Patente auf Leben Tür und Tor öffnete. Das Plenum fegte ihn vom Tisch.

Dietmar Mieth und die Politik

Er war gefragt und er wurde gebraucht. Als deutsches berufenes Mitglied der Europäischen Gruppe Ethik in den Wissenschaften und den neuen Technologien. Das reichte vom Klonen über die Biopatentierung bis hin zur Kennzeichnung von Nahrungsmitteln. Auch die Politik in der Bundesrepublik rief nach Dietmar Mieth. Das Bundesgesundheitsministerium rief ihn als stellvertretenden Vorsitzenden des Ethikbeirats, der Bundestag mit der Enquete-Kommission Recht und Ethik in der Medizin wo sich Mieth zum Beispiel um das wichtige Thema der Patientenverfügung kümmerte.

Doch nun zum zweiten Ereignis, von dem ich erzählen will.

Während einer Sitzungswoche in Straßburg kam aus Tübingen der Alarmruf: Die Kommission will Mieths Mandat in der Ethikgruppe nicht verlängern. Stilllos war ihm das per Fax mitgeteilt worden. Ich hatte einen sehr unerfreulichen Briefwechsel mit Kommissionspräsident Prodi. Dieser blieb unerweichlich. Man könne Professor Mieth vielleicht später wieder berufen...

Ich erzähle das, um zu zeigen, wie sich die Politik manchmal unerwünschter Stimmen entledigt. Mieth war einigen zu wachsam und hatte auch den Mut zum Widerspruch.

Aktuelles aus dem Europäischen Parlament

Durchbruch bei Transaktionssteuer

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben sich bei ihrem Gipfel in Brüssel für eine globale Besteuerung von Finanztransaktionen ausgesprochen. „Dies ist ein längst überfälliger Durchbruch. Warum sollen immer nur die Steuerzahler zur Kasse gebeten werden? Es ist nur recht und billig, wenn die Finanzwirtschaft selbst einen Beitrag zur Bewältigung der Krise leistet. Sie trägt schließlich die Hauptschuld an der wirtschaftlichen Schiefelage“, betonte der Fraktionssprecher für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Dr. Udo Bullmann (SPD).

Nach dem Willen der EU-Mitgliedstaaten soll der Internationale Währungsfonds die Einführung einer weltweiten Steuer auf Finanztransaktionen prüfen. „Notfalls kann eine Transaktionssteuer aber auch alleine in Europa eingeführt werden. Der europäische Finanzmarkt hat eine Größe, an der niemand vorbeikommt. Es gibt daher keinen Grund das Projekt auf die lange Bank zu schieben, nur weil die USA oder andere Staaten nicht mitziehen“, stellte Udo Bullmann klar.

Die sozialdemokratische Fraktion fordert bereits seit langem, Finanztransaktionen mit einer geringen Steuer zu belegen. Experten empfehlen einen Steuersatz zwischen 0,01 und 0,05 Prozent. „Normale Verbraucher spüren eine solche Steuer gar nicht. Finanzjongleure, die Milliarden Euro um den Globus schieben und nur auf schnelle Gewinne aus sind, würden hingegen zur Kasse gebeten“, erläuterte der SPD-Abgeordnete das Konzept.

Derzeit gebe es rund 70-mal mehr spekulative Finanztransaktionen als Transaktionen, die mit der realen Wirtschaft zusammenhängen. „Hier gilt es wieder eine gesunde Balance zu finden. Eine Transaktionssteuer verteuert kurzfristige Spekulationen. Gleichzeitig könnte Deutschland Mehreinnahmen von deutlich über zehn Milliarden Euro verbuchen. Dieses Geld wird für Investitionen, die Unterstützung von Entwicklungsländern und den Schuldenabbau dringend gebraucht“, so Bullmann abschließend.



Anhörung der neuen Kommissare

Grillparty nennen Beobachter die strengen Anhörungen der neuen Kommissare vor ihrer Wahl kommende Woche in Straßburg. Wenn einer beim Grillen verbrennt, ist die ganze Kommission durchgefallen. Wir dokumentieren hier einige Ergebnisse.

Michel Barnier

„Michel Barnier wird als Kommissar ein Gewinn für den europäischen Binnenmarkt sein“. Das erklärte die Sprecherin der S&D-Fraktion für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, Evelyne Gebhardt (SPD), nach der Anhörung des Franzosen im Europäischen Parlament. „Es wäre wünschenswert, dass er auch den Verbraucherschutz in den Griff bekommt, den Kommissionspräsident Barroso bei der Zuteilung der Portfolios verzetelt hat“, fügte die Abgeordnete hinzu.

Evelyne Gebhardt lobte die Zusage Barniers, Artikel 3 des Lisabonner Reformvertrages ernst zu nehmen, der die soziale Gestaltung des Binnenmarktes fordert. „Dadurch gewinnt der europäische Markt ein soziales Gesicht“, stellte sie fest. „Dass Barnier bei seinen geplanten Maßnahmen sein Augenmerk verstärkt auf die soziale Komponente richten möchte, begrüße ich sehr“, hob die SPD-Europaabgeordnete und Koordinatorin im Binnenmarktausschuss hervor.

„Ich werde aber weiterhin darauf achten, dass die Binnenmarktgesetzgebung den Bürgerinnen und Bürgern dient und nicht ein-

seitig den Marktradikalismus fördert“, unterstrich Evelyne Gebhardt. Sie sei jedoch zuversichtlich, dass in Zusammenarbeit mit der Kommission eine sozialere Ausrichtung erzielt werden kann. „Michel Barnier machte einen seriösen und positiven Eindruck“, erklärte die baden-württembergische Europaabgeordnete. Er werde sich der sozialen Folgenabschätzung und einer sozialen Fortschrittsklausel in der Binnenmarktgesetzgebung sicher nicht verschließen

Ein weiteres bedeutendes Aufgabengebiet Barniers ist die Gestaltung der Daseinsvorsorge in der Europäischen Union. „Wenn Barnier sein Amt übernimmt, muss er sich dafür einsetzen, dass öffentliche Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, wie zum Beispiel Sozialdienstleistungen oder Energie- und Wasserversorgung allen Bürgerinnen und Bürgern flächendeckend, kostengünstig, allgemein zugänglich und in hoher Qualität zur Verfügung stehen“, gab ihm Evelyne Gebhardt mit auf den Weg.

Catherine Ashton

Wolfgang Kreissl-Dörfler, außenpolitischer Experte der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament, ist mit dem Verlauf der Anhörung der Nominierten sehr zufrieden: „Den hohen Erwartungen ist Catherine Ashton im Hearing absolut gerecht geworden. Das haben selbst die Konservativen nach ihrer anfänglichen Skepsis anerkennen müssen.“

Kreissl-Dörfler betonte: „Es ist ihr gelungen, klar und deutlich zu machen, wie die zukünftige Außenpolitik der EU aussehen wird und in welchem Spannungsfeld sie zwischen Rat, Kommission und Parlament agieren muss.“ Positiv sei insbesondere auch ihre Vorstellung, eng mit dem Europäischen Parlament zusammenzuarbeiten, so der SPD-Europaabgeordnete weiter.

Vor allem zeigte sich der Sozialdemokrat darüber erfreut, dass Catherine Ashton deutlich gemacht hat, weltweit für die Einhaltung von Menschenrechten eintreten zu wollen. „Sie hat klar gesagt, dass Menschenrechte ein zentraler Bestandteil ihrer Außenpolitik sein werden, über die nicht verhandelt werden kann.“

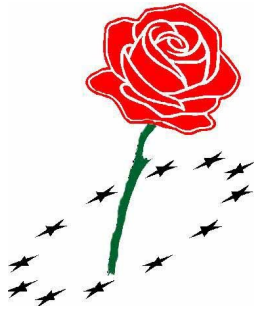
Kreissl-Dörfler zeigt sich zuversichtlich: „Ashton wird dem Parlament eine gute Partnerin sein. Ich bin überzeugt, dass sie mit unserer Hilfe ihre Vorstellungen umsetzen und der europäischen Außenpolitik eine zukunftsweisende Richtung geben wird.“

Günther Oettinger

Bei der Anhörung des designierten EU-Energiekommissars hat Günther Oettinger einen überwiegend positiven Eindruck bei den Abgeordneten hinterlassen.

Der SPD-Europaabgeordnete und Energieexperte Norbert Glante zieht eine allgemein positive Bilanz seines Auftritts: „Oettinger hat seine Prioritäten in Sachen Energiesicherheit,

(Fortsetzung auf Seite 4)



(Fortsetzung von Seite 3)

Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit durchaus auch im Detail und mit Sachkenntnis vorgestellt“, kommentierte Norbert Glante im Anschluss an die Sitzung.

Inwiefern der neue Energiekommissar in Zukunft das wichtige Thema Energieforschung abdecken will, das von nun an in der EU-Generaldirektion Forschung behandelt wird, wollte Norbert Glante in seiner zweiten Frage von Oettinger wissen: „Oettinger weiß um sein reduziertes Portfolio und will sich über die formelle Abgrenzung seiner Kompetenzen hinaus für die Energieforschung in Kooperation mit der Forschungskommissarin einsetzen. Wir können uns nur wünschen, dass Oettinger seine Absichten auch in die Tat umsetzt“, so der Europaabgeordnete.

Die Sozialdemokraten begrüßten insbesondere seine Ankündigung, sich der Energiearmut anzunehmen. „Ich bin sehr gespannt, wie er ein Recht auf Versorgung mit Strom und Wärme in der EU umsetzen und den Energiekonzernen das Stromabschalten verbieten will. Auch die Zusage, den Schwerpunkt der finanziellen Förderung auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu legen, begrüßen wir sehr. Daran werden wir Sozialdemokraten ihn künftig messen“, so Norbert Glante.

Aus Sicht des energiepolitischen Experten der SPD-Abgeordneten hat sich Oettinger für sein Amt als EU-Energiekommissar allgemein als kompetent gezeigt. „Wir hoffen, dass Oettinger seine heute vorgestellten Ideen wie angekündigt in enger Partnerschaft mit dem Europäischen Parlament auch umsetzen wird“, so Norbert Glante abschließend.

Aufgelesen

„Liabr zeh Minute g'schämt als deuer g'schenkt“, spottete ein schwäbischer Professor zum vergessenen Gastgeschenk.

Wegweiser Europa

Evelyne Gebhardt lädt Sie herzlich ein zur Vernissage am 19. Januar 2010, 10.30 Uhr im Europäischen Parlament Straßburg, Galerie Nord, 1. Etage, Gebäude LOW



Die „Künstler des Schwarzacher Hofes“ der Johannes-Anstalten Mosbach stellen aus.

Programm:

Eröffnung der Ausstellung:
Evelyne Gebhardt, MdEP

Vorstellung der Johannes-Anstalten Mosbach:
Reinhard Adler, Geschäftsführer

Vorstellung der Künstler und der künstlerischen Arbeit:
Mentoren des Kunst-Werk-Hauses

Die Ausstellung kann vom 18. bis 20. Januar 2010 besichtigt werden.

Die Johannes-Anstalten Mosbach unterstützen Menschen mit Behinderungen:
www.jamos.de

Terminhinweise

15. Januar

Neujahrsempfang der Landesregierung
Wo? Stuttgart

17.– 18. Januar

SPD-Parteivorstand
Wo? Berlin

18.– 21. Januar

Plenarsitzungswoche des Europäischen Parlaments
Wo? Straßburg

19. Januar

Vernissage Künstler des Schwarzacher Hofes
Wo? Straßburg

19. Januar

Besucherguppe Elsa (European Law Students' Association) Heidelberg
Wo? Straßburg

21. Januar

Besucherguppe Senioren Weinheim
Wo? Straßburg

22.– 23. Januar

ASF Bundesvorstand
Wo? Berlin

Impressum

Redaktion: Peter Gebhardt und Wolfgang Ellsäßer

Europabüro
Keltergasse 47
74653 Künzelsau
Tel.: 0 79 40 – 5 91 22
Fax: 0 79 40 – 5 91 44
EGebhardt.MdEP@t-online.de

Europäisches Parlament
60, rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66
Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu

Die nächste Ausgabe erscheint am 4. Februar 2010.